

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal...



Abdrucksberechtigtes: Alle 1 Mark u. 20 Pf. ... Druck und Verlag: Rudolf Woffe in Berlin.

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 58 47. Jahrgang

Freitag 1. Februar 1918

Berscharfster Belagerungszustand.

Eine Bekanntmachung des Oberkommandos in den Marken.

Die Regierung und die Streikbewegung.

Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ beschäftigt sich in einem längeren Aufsatz mit der Streikbewegung...

Wenn die Streikenden mit ihren innerpolitischen Wünschen auch vielfach offene Türen einrennen...

Wie man auch die Stellung der Sozialdemokratie und die noch dunklere Haltung der Gewerkschaften zum Ausgang ansetzt...

Es muß zunächst gesagt werden, daß die sehr ruhige Tonart dieses offiziellen Artikels sich angenehm von den meisten Auslassungen über den Streik unterscheidet...

Die „Berliner Volkszeitung“ erwähnt, wie wir es gestern Abend in kurzen Bemerkungen getan haben...

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat unter dem 31. Januar 1918 folgende Bekanntmachung erlassen.

„Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich: 1. für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Neukölln, Berlin-Lichtenberg, Spandau und der Landkreise Teltow und Niederbarnim...

„Nachdem ich nunmehr den verschärften Belagerungszustand eingeführt habe, will ich die Bevölkerung nicht in Zweifel darüber lassen, daß ich jeden Versuch, die Ruhe und Ordnung zu stören, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde.“

„Es wird in dem Artikel gesagt, die Regierung werde sich durch den Streik nicht bewegen lassen, ihr innerpolitisches Programm umzusetzen, und das halten wir allerdings für eine Selbstverständlichkeit.“

Die „Berliner Volkszeitung“ erwähnt, wie wir es gestern Abend in kurzen Bemerkungen getan haben, die abendliche Haltung der Staatsleiter Wallraf am ersten Streiktag gegenüber der Wortdang der Streikenden...

Wir müssen aber gefehen, daß sich die Haltung des Staatsleiters wenig glänzend erweist. Sie erinnert in peinlicher Weise an das Verhalten gewisser Schwerindustrieeller...

beteiligten. Jedermann gehe ruhig seinen Pflichten nach und halte sich von Aufständen fern; der Gebrauch der Waffe läßt sich ein Umsturz nicht wünschenswert und Unbeteiligten nicht machen.

Der Oberbefehlshaber in den Marken. v. Kessel, Generaloberst.

Durch die vorstehende Bekanntmachung des Oberbefehlshabers in den Marken wird der bisherige einfache zum qualifizierten Belagerungszustand verschärft. Einem der Grundrechte der preussischen Verfassung, Artikel 7, nach welchem niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf, ist aufgehoben und es tritt nunmehr an Stelle dieser Verfassungsbestimmung das freie Ermessen des Oberbefehlshabers...

der Bewegung herbeizuführen. Schon um dieser Möglichkeit willen dürfte er den Empfang nicht ablehnen. Die Unterstellung will uns als schwerer Fehler erscheinen. Gerade weil wir den Streik selber als schweren Fehler der Arbeiter, als eine schädliche, unüberlegte Demonstration ansehen, glauben wir uns genötigt, das auszusprechen.“

Da die Erörterung dieses Vorganges unvermeidlich geworden ist, wollen wir noch deutlicher als bisher betonen, daß auch nach unserer Auffassung die Stellungnahme des Herrn Wallraf zum mindesten unbillig war. Wenn es sich darum handelt, von dem Lande eine Gefahr abzuwenden, dann sollte man wohl nicht Formalitäten in den Vordergrund stellen. Es läßt sich nicht mit Gewißheit sagen, ob der Vermittlungsversuch, den die Abgeordneten damals unternahmen, zu einem Erfolge geführt hätte.

Der Antrag auf Einberufung des Reichstags. Aus parlamentarischen Kreisen wird uns erklärt: Die Sozialdemokratie hat, wie berichtet, den Antrag gestellt, das Plenum des Reichstages einzuberufen, damit es zur Streikbewegung Stellung nehmen könne.

Parteien schienen nicht bereit zu sein, diesem Wunsche zu entsprechen. Es wird von ihnen geltend gemacht, daß man dann nur den tabulierten Elementen die Möglichkeit geben würde, die Streikpropaganda vom Boden der Reichsgesetzgebung zu betreiben.

### Eine Erklärung des Reichstages.

Die „Vernunft“, das führende Zentrumsmoment, erhält aus parlamentarischer Streifen folgende Zusicherung:  
Beständig zur Klarstellung und um irrtümliche Auffassungen zu vermeiden ist darauf hinzuwirken, daß der gegenwärtige von der unabhängigen Sozialdemokratie unterstützte Streik mit der Politik der Reichstagsparteien selbstverständlich nicht zu tun hat. Es ist wichtig, diese Selbstverständlichkeit zu betonen, mit Rücksicht auf eine Zukunft aus den Reihen der christlichen Gewerkschaften in der „christlichen Volkseigenen“, die sich mit dem gegenwärtigen Streik befaßt. Die Justizminister für den Streik die Sozialdemokratie und indirekt auch die freien Gewerkschaften verantwortlich, kann aber heißt es weiterhin: „Es hat sich in den letzten Tagen und Wochen gezeigt, daß auch weite Kreise der freien Gewerkschaften mit dem Streikbewegung offen sympathisieren: jedenfalls finden sie durch Massenstreikbewegungen ihre politischen Ziele zu erreichen oder deutlicher gesagt: zu erreichen. Man kann annehmen, daß der christliche Gewerkschaftler, der diesen Satz geschrieben hat, aber die Verhältnisse in Reichstag nicht genügend orientiert ist, sonst würde er eine solche schwere Verächtlichmachung der Reichstagsparteien nicht unterzeichnen haben. Die bürgerlichen Parteien, welche zur Mehrheit gehören, haben in Reichstagsbeschlüssen mit aller Entschiedenheit gegen die Streikbewegung die Stellung genommen. Es sei nur hingewiesen auf die Rede Baumanns. Daß die Vertreter der Zentrumspartei nicht in den Verdacht kommen können, Massenstreikbewegungen ihre politischen Ziele erreichen zu wollen, sollte nicht notwendig sein, besonders zu betonen. Um so mehr muß gegen diese irreführende Stellung des christlichen Gewerkschaftlers in der Reichstagsbeschlüsse protestiert werden. Wenn Herr Scheidemann im Reichstagsbeschluss mit dem Massenstreik droht, so vertritt er nicht die Mehrheitsparteien, sondern lediglich seine persönliche Auffassung oder die seiner Parteifreunde. Die Mehrheitsparteien haben damit absolut nichts zu tun.“  
„Es ist notwendig“, heißt es zum Schluß, „daß das festgehalten wird mit Rücksicht auf die Erfahrung, daß die Mehrheitsparteien in ihrem Verhalten, einen Frieden der Reichstagspartei herbeizuführen, den unglücklichsten Verdächtigungen ausgesetzt sind.“

## Der Stand der Streikbewegung.

### Die Streiklage in Groß-Berlin.

Im allgemeinen läßt sich nur sehr schwer ein genaues Bild von dem Umfang des Streiks in Groß-Berlin geben. Eine Nachrichtenstelle glaubt, unter dem Datum des 31. Januar, folgende Einzelheiten über die Groß-Berliner Streikbewegung vom Donnerstagsvormittag berichten zu können:

„Zweitlich nach den bisher vorliegenden Meldungen in den ersten Vormittagsstunden die Streikbewegung überdies sich, dann von einer Ausdehnung nicht gesprochen werden. In dem Siemen's-Werke, wo bei einer Arbeiterzahl von etwa 40 000 Mann überhaupt nur 3000 im Ausstand lag befanden, so daß der Betrieb fast vollständig gestillt war, hat sich der Stand der Bewegung gegen gestern nicht wesentlich geändert. Eine Zunahme der Streikenden ist jedoch auf keinen Fall eingetreten, vielmehr hat eine Anzahl Ausländer heute die Arbeit wieder aufgenommen. Eine Abnahme der Zahl der Streikenden meldet auch die Spandauer Fabrik von Oresten u. Koppel. Gestern waren dort 512 Mann ausgeblieben, heute seien nur 480. Auch bei der Daimler-Motoren-Gesellschaft in Marienfelde ist das Gleiche der Fall. Keine wesentliche Änderung hat die Streikbewegung in Tempelhof erfahren, wo die Gesamtzahl der Streikenden nach wie vor etwa 6000 beträgt. Bei der Allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft konnte für den gestrigen Mittwoch der gleiche Stand wie an heutigen Donnerstags festgestellt werden; eine Mehrzahl aber die Lage am heutigen Donnerstags ist erst im Laufe des Tages möglich. Die National-Automobil-Gesellschaft in Oberkrämerstraße meldet keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem gestrigen Tage. Bei der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau-Fabrik-Gesellschaft hat sich die Zahl der Streikenden in der Berliner Fabrik um einige Mann verringert; der Betrieb des Werkes Mittenau ruht auch heute noch. Eine geringe Ausdehnung hat der Streik dagegen bei den Bergmann-Elektricitäts-Werken erfahren, doch noch diese keine Vermehrung der Zahl der Streikenden, die gestern bei 10 000 Mann belief sich, sondern, seinen wesentlichen Einfluss auf den Betrieb. Die Ostliche Anhalt-G. B. Coerg konnte feststellen, daß der Stand der Bewegung gegenüber Mittwoch der gleiche geblieben ist. Eine Anzahl Streikender hat heute die Arbeit aufgenommen. Dagegen sind Arbeiter, die gestern noch nicht waren, heute erschienen. Bei der Duma-G. B. hat sich die Zahl der Ausständigen gestern um 100 vermehrt, so daß dort etwa 900 Mann streiken. In den Flugzeugen-Fabrik ruht auch heute der Betrieb. In der Kloppeh-Johann-Fabrik hat der Streik eine kleine Erweiterung erfahren. Heute streiken dort etwa 95 Prozent der gesamten Arbeiterzahl. Aus Berlin sind heute gemeldet, daß die Zahl der völlig stillgelegten Betriebe auf sechs gestiegen ist; die Firma H. Vorka in Teetz hat sich in dem Stande des Streiks gegenüber dem gestrigen Mittwoch keine Änderung bemerkbar gemacht; von einer Ausdehnung der Bewegung kann hier jedenfalls keine Rede sein.“

Im Abgeordnetenhaus sind die Seher und Buchdrucker ebenfalls in den Ausstand getreten. Infolgedessen erledigen die Vorleser, Berichte usw. eine Vernehmung. Das ist natürlich auch eine Minderwirkung auf die Verhandlungen der Abgeordneten aus.

### Demonstrationen und Zusammenstöße.

In verschiedenen Stadtteilen Groß-Berlins ist es gestern zu Demonstrationen gekommen, bei denen es leider nicht ohne Zusammenstöße mit der Polizei abgegangen ist. Wir verzeichnen nachstehend die uns darüber zugangenen Mitteilungen:

In der Blumenstraße wurden die Oberleitungsdrähte der Straßenbahn abgeschnitten. Die Wagen teilweise beschädigt und quer über die Straße gelassen. Eine Gruppe von Arbeitern drang in einen Geschäftsräumen ein und plünderte die dortigen Vorräte.

In der Müllerstraße durchschnitten die Arbeiter ebenfalls die Stromleitungen der elektrischen Straßenbahnen. Der Straßenbahnverkehr ist von der Müllerstraße bis zum Weddingplatz unterbrochen.

Zu schweren blutigen Zusammenstößen kam es gestern vormittag zwischen Polizeibeamten und Streikenden an der Gosswitz-Brücke in Moabit. Ein etwa von 1000 Mann angeführter Zug der Streikenden, der sich nach dem Kleinen Tiergarten bewegen wollte, wurde an der Gosswitz-Brücke von der Polizei zurückgehalten. Hierbei kam es zu Zusammenstößen, wobei die Polizeibeamten, nachdem aus der Masse einige Schüsse abgefeuert worden, zum Rückzug gezwungen. Nach den angefertigten Ermittlungen wurde festgestellt, daß hierbei über zehn Personen schwer verletzt wurden. Die Verletzten wurden nach dem Moabit Krankenhaus und nach der Unterstadt in die Grodenstraße gebracht. Ein Schulmann von 64, Polizeibeamter und ein Polizeipostbote wurden durch Schussverletzungen schwer verletzt.

Die Streikbewegung, die heute vormittag um zehn Uhr auf dem Alexanderplatz anbrach, wurde von einem starken Polizeifolgebataillon auseinandergetrieben. Die Streikenden zogen darauf in einheitlichem Zuge nach dem Friedr. d. Sch. wo sie eine Verammlung abhielten. Ein Redner erörterte die einzelnen Punkte, worauf getreift wird. Da sich mehrere große Demonstrationssätze dieser Verammlung anschließen, wurde beschlossen, einen anderen Platz aufzusuchen und die Verammlung zog auf den großen Spielplatz des Friedr. d. Sch. Hier wurde sie von einem großen Polizeiaufgebot wieder auseinandergetrieben. Die einzelnen Teile verjagten sich nach rechts und zogen zum Neuen Königstr., um durch die Neue Königstr. und von dort zum Alexanderplatz, um weiterhin zum Rathaus zu gelangen. Da jedoch die Königstr. von Polizeibeamten gesperrt war, zersplitterten sich die Streikenden ohne jede Abkündigung und ohne Widerstand zu lassen.

An der Wilhelm-Strasse wurde die Polizei einem Zuge halt und suchte die Demonstranten teilweise nach dieser Straße zu drängen. Da sie hier Widerstand fand, so zog sie zurück. Auf diese Weise gelang es, den Zug zu sprengen. Der eine Teil wurde nach der Wilhelm-Strasse gedrängt, der andere rückwärts nach der Petersburger und Goertrichstr. wo sich der Zug aufstellte.

In Spandau kam es gestern zu größeren Ausschreitungen. Die Streikenden griffen die Straßenbahnen an, schritten die Leitungsdrähte und veränderten auf alle mögliche Weise den Verkehr. Die Väter wurden gezwungen, den Demonstranten Brot ohne Marken abzugeben, ebenso wurden die nicht streikenden Arbeiter von der Menge angegriffen und belästigt. Verammlungen wurden nicht abgehalten, die keinen Züge der Streikenden von Militärpatrouillen gestreift.

### Zeitweise Unterbrechung des Berliner Straßenbahnverkehrs.

Der Straßenbahnverkehr nach dem Norden und Osten Berlins ist infolge von Beschädigungen Streifen teilweise unterbrochen, so daß die nördlichen und östlichen Vororte zum Teil ohne Straßenbahnverbindung nach dem Stadtbinnen sind. Die Streikenden, die zum Teil die Oberleitungen durchschnitten haben, Anhängen aus den Gleisen hoben und umstürzten sowie Fensterbänke zertrümmerten, sind größtenteils jugendliche, die sich der Trägheit ihres Vorgesetzten nicht beugen wollten. Der Verkehr auf den gestrigen Linien wird, soweit dies möglich ist, durch Fährungen der einzelnen Straßen und früheres Umliegen aufrecht erhalten. Die Linie 76 z. B. wird nur bis Spittelmarkt gefahren. Wenn diese Störungen beseitigt sein werden, läßt sich zu Stunde noch nicht übersehen.

Von der Großen Berliner Straßenbahn wird uns berichtet, daß es in den verschiedenen Stadtbezirken, so in der Androssstraße, im Norden, Moabit und Osten zu Ausschreitungen gegen die Straßenbahn gekommen ist. Die Streikende haben die Leitungsdrähte teilweise durchschnitten, einzelne Wagen umgestürzt und auf jede Art und Weise verübt, die Wagen am Fortfahren zu verhindern. Meldungen, ob Personal oder Fahrgäste verletzt wurden, liegen zurzeit noch nicht vor. Natürlich ist durch die Ausschreitungen der Straßenbahnverkehr in der Arbeiterbezogenen gehindert, da sich hinter den demotivierten Zügen ganze Wagenburgen kauen.

Von der Hoch- und Untergrundbahn hören wir, daß sich der Betrieb einwandfrei und ohne Störung abwickelt.

## Die Protestantinnen in der Berliner Stadtvorordnetenversammlung.

Der im gestrigen Morgenblatt veröffentlichte Antrag der unabhängigen Sozialisten kam in der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtvorordnetenversammlung zur Sprache. Der Antrag der sich gegen die Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechtes richtete, führte zu einer lebhaften Aussprache, an der sich auch die vollberechtigten Tribunalen durch Zuzug beteiligten. Der Antrag begünstigte Stadtvorordnete Dr. Behl.

Überschneidener Vermuth erklärte: Der Magistrat ist berechtigt, die Interessen der Bürgerlichkeit an dem Vereins- und Versammlungsrecht, soweit es möglich ist, wachzunehmen. Der jetzige Antrag ist erst heute eingegangen der Magistrat hat sich noch nicht damit beschäftigen können. Den städtischen Behörden steht auf die Bewegung der letzten Tage ein Einfluß nicht zu. Ein jeder von uns wird von ganzem Herzen wünschen, daß diese Bewegung durch ruhiges Ueberlegen und durch ruhiges Handeln zu Lösung wie möglich zum Abschluss kommt. Ich möchte von dieser Stelle aus möglich ein Mitsprache zu bringen, so herzlich wie möglich werden, und die heiligsten Folgen zu bedenken, die ein weiterer Fortgang für das Vaterland, für unsere Stadt und ihre Bevölkerung für jeden einzelnen aus dem Volke mit sich bringen. (Beifälliger Beifall)

Der sozialdemokratische Antrag wurde schließlich abgelehnt, dagegen ein Antrag G. C. angenommen, der den Magistrat ersucht, bei den zuständigen Stellen das Versammlungsrecht zu Wählerparlamenten für die Stadtvorordneten zu erwirken.

Dann kam ein zweiter Antrag der unabhängigen Sozialisten zur Verhandlung, der sich mit der Aufhebung des Vereins- und Versammlungsrechtes der streikenden Arbeiter befaßte. Im Laufe der Debatte sprachen unter anderen für den Antrag die Stadtvorordnete Pfannsch. und Adolf Hoffmann, gegen den Antrag Stadtvorordnete Wommsen.

Stadtv. Adolf Hoffmann zog sich zwei Oralegerufe zu. Der Schluss der Hofmannschen Rede ist auf der Galerie heftiger Lärm aus, wie er in diesen Räumen noch nie dagewesen ist. Als wiederholte Maßnahmen des Vorlesers Middelst. sich auf der Tribüne ruhig verhalten, nicht fruchtlos gibt dieser die Anordnung zur Räumung. Erst nachdem die Tribüne geräumt ist, tritt wieder Ruhe ein. Die merkwürdige Abstimmung ergibt Ablehnung des Antrages Voerner u. Gen. mit 78 Stimmen gegen 31 Stimmen.

## Ministerpräsident v. Dandl über den Streik.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 31. Januar.  
In den Kruppischen Geschäften und in anderen Betrieben trat der größere Teil der Arbeiterkraft in den Ausstand. Auch die Ruhrbruder beschlossen gegen eine große Minderheit den Streik, doch ist er noch nicht ausgebrochen. Die leidenschaftlichen und unermüdbaren tätigen Leiter des hiesigen Streiks sind die unabhängigen Sozialisten Kurt Eisner und die Frau des Mannheimer Privatdozenten Verh. eine geborene Kuffen. Die verantwortlichen gewerkschaftlichen Leiter lehnen jede Beteiligung und Unterstützung ab. Im Landtag wurde heute vormittag die Debatte über den Streik fortgesetzt. Innenminister ergriff der Ministerpräsident v. Dandl das Wort gegenständlich durch die Frage veranlaßt, die auch in München zum Ausdruck führte. Er gab zunächst einen allgemeinen Überblick über die Lage und bat dringend, die Arbeiter möchten und nicht in

den Rufen fallen. Es sei eine sehr hohe Unterstellung, wenn jetzt überhaupt werde, daß die Regierung durch das, was man Anzeigenbetreibungen zu nennen pflegt, den Absicht des Friedens antreibe. Die Bundesstaaten haben wie im Anfang, auch jetzt zu dem gleichen Ziele, das sei die Sicherung des Bestandes unseres Reiches. Verschiedene der Ministerpräsident nach eine Legende, die wir bereits nach unseren privaten Informationen vor drei Tagen aufklären konnten, von der „Aktion der deutschen Bundesfürsorgen beim Kaiser“, Anzeigen in dieser Richtung seien ja gekommen, aber er habe sie nachdrücklich abgelehnt.

## Die Arbeiter und das Herrenhaus.

### Ein merkwürdiger Antrag der Konservativen.

Die Beratung der Herrenhausvorlage im Ausschuss des preussischen Abgeordnetenhauses wurde am Donnerstagsvormittag fortgesetzt.

Zur Frage der Vertretung der Arbeiterschaft im Herrenhaus erklärte ein Nationalliberaler die Vertretung als unzulässig, jedoch unter Berücksichtigung aller politischen und wirtschaftlichen Bedingungen.

Die Konservativen beantragen, daß ausserordentlichem Verordnungen 75 bis 100 Personen berufen werden können, darunter sechs Privatangehörige und sechs Arbeiter. Zur Begründung des Antrages wird ausgeführt, daß zwischen den verschiedenen Volksschichten auch von den Ministern vertreten werden, demgegenüber müsse das Herrenhaus politisch unabhängig sein. Da aber eine erste Kammer das Verammlungsrecht besitzt, besonders wichtig ist, dürfte man nur solchen zu bezeichnen, die sich durch ihre eigenen Verdienste auszeichnen. Die Regierung würde sicherlich nicht nur Geld, sondern auch Sozialmedikament dem König zur Einreichung in das Herrenhaus vorbringen.

Ein Fortschrittler weist darauf hin, daß das Deutsche Reich seine Entwicklung und seinen wirtschaftlichen Aufschwung auch den Arbeitern verdanke, die durch sechs Vertreter in seiner Vertretung ausgedrückt werden, die für eine gewisse Zahl von wirtschaftlichen, die sozialdemokratische, die christliche und die geistliche Dunderjunge haben in diese Arbeit ihre nationale Meinung zu äußern, deshalb müssen sie eine angemessene Vertretung im Herrenhaus erhalten. Die königliche Regierung könne das nicht ersehen, denn für die Arbeiter ist das Vertrauen seiner Klassen gewissermaßen die Grundlage des Vertrauens der Krone zu ihm. In das Herrenhaus müssen auch auf Grund eines gewissen Vertretungsanspruchs Beamte und Lehrer an höheren, mittleren und Volksschulen einziehen.

Ein Ministerialdirektor des Handelsministeriums hält die Arbeiterschaft nicht für geeignete Präsentationskörper; solche seien allenfalls die Vertreter der den Werkstättenarbeitern.

Ein Nationalliberaler hebt beim gegenüber dem Minister, daß die Arbeiterschaft durch einen Vertretungsantrag der nationalliberalen Partei wünscht, daß die Arbeitervertreter nicht durch königliche Verfügung in das Herrenhaus gelangen, sondern auf Wunsch ihrer Ständegehörigen.

Minister des Innern Dr. Dreus: Schon durch die Beschränkung der aussondlichen Verweise zu Verurteilungen auf 150 gibt die Krone ein mäßiges Recht, sie zu verurteilen, in Erkenntnis der Notwendigkeit, das Herrenhaus befristet zu sein. Die nationalliberalen Partei wünscht, daß die Arbeitervertreter nicht durch königliche Verfügung in das Herrenhaus gelangen, sondern auf Wunsch ihrer Ständegehörigen.

In der weiteren Debatte wird auch auf die übrigen Reichstagsstände übergegangen. Ein Zentrumredner tritt für die Oberlehrer und Beamten ein. Ein Fortschrittler legt Wert darauf, daß die Berufungsverordnungen auf gesetzlichem Recht beruhen. Die Krone sei ein Recht auf die Zusammenlegung des Herrenhauses haben. Gerade weil die erste Kammer in Zukunft noch viel mehr einen ständischen Charakter haben wird als jetzt, muß die Möglichkeit gegeben sein, daß die Krone unter Umständen Verammlungsmitglieder ernannt, die sich lediglich vom Interesse des Reiches leiten lassen.

Ein Zentrumsgesandter erklärt die Schwächen bezüglich der Präsentationskörper nicht für unüberwindlich. Es entstehen immer neue Verhältnisse, es werde daher immer Hauptbedenklichkeit geben, aber damit müsse man leben und sich abfinden. Ein weiterer Fortschrittler führt aus: Das Herrenhaus ist nicht auf die Arbeiterschaft zu bauen, die Arbeiterschaft wird aber keine funktionierende Verammlungsbehörde sein. Die Krone hat keine hauses Gesetz. Eine solche Bewegung wird hier keine Freiheit geben. Ich verziehe deshalb darauf, ungeschicklich sind nach dieser Richtung zu stellen. Dann aber muß man an dem jetzt bestehenden Antrags festhalten und damit für friedliche Situationen die Möglichkeit lassen, den Feind zu überwinden, wenn ein so klarer, feiler und so gerader Zweck vorliegt, den man an anderen Faktoren der Gesetzgebung vertritt. Diese Mittel haben wir nur, wenn das königliche Präsentationsrecht aufrechterhalten bleibt.

Ein Nationalliberaler hält auch eine Vertretung von Beamten und Privatbeamten für notwendig und fragt, wie sich die Regierung zu der von den Konservativen beantragten Beschränkung des Antrages verhalte.

Ein Zentrumsgesandter tritt dafür ein, daß das Herrenhaus ein ungeschickter, dem Abgeordnetenhaus gegenübergesetzter Faktor bleibe. Konstante konnte man vielleicht dadurch lösen, daß man die Stimmen aus beiden Säulchen durchschlägt.

Ein Konservativer meint, der König könnte unter parlamentarischer Regime zu einer Schwäche herabgedrückt werden, die nur nach dem Verzicht vorzuziehen hat. Der König dürfte aber nicht in den Kräftebereich der Arbeiter fallen. Die Arbeiterschaft sollte nicht durch die Krone entsetzt werden, sondern durch die Krone selbst, indem diese die Krone selbst in die Arbeiterschaft einbezieht, indem diese die Krone selbst in die Arbeiterschaft einbezieht, indem diese die Krone selbst in die Arbeiterschaft einbezieht.

Zur Vertretung der Universitäten verlangt ein konservativer Antrag auch Vertretung der hierarchischen und landwirthschaftlichen Hochschulen, ein Zentrumsantrag wünscht Vertretung nach Fakultäten.

Der Vertreter des Kultusministeriums meint, daß dann auch die Kunstwissenschaften, die Wissenschaften, Handelswissenschaften usw., insbesondere die Kaiser-Wilhelm-Universität, eine Vertretung beanspruchen könnten.

Ein Fortschrittler tritt dafür ein, daß die ständischen Religionsgemeinschaften eine Vertretung im Herrenhaus erhalten. Es würde als Beschneidung betrachtet werden, doch man die Juden auf die Vereinigung der Verammlungen verweisen wolle. Zwar habe die freie Vertretung nur einen kleinen Theil des Reiches, die Arbeiterschaft und einen kleinen Theil der Juden. Ein Geschäftsbetrieb und einen kleinen Theil der Arbeiterschaft bereits eine Organisation des Unterbaus, die auch für Arbeiter kommen würde und der man die Präsentation übertragen könne.

Minister Dr. Dreus erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, die Krone zu den 75 und zur Vertretung durch den König vorzubringen. So gut wie die 1000 Juden konnten auch die Arbeiterschaft und die Arbeiterschaft ein Präsentationsrecht verlangen.

Ein Zentrumsgesandter weist auf die Bedingungen nach Vertretung von Kirche und Schule hin. Nicht nur die Sozialdemokratie



**Theater-Konzerte  
Veranstaltungen**

**Königlicher Opernhaus.**  
Mittags 12 Uhr  
Ensemble-Konzert.  
Abends 7 1/2 Uhr  
VI. Sinfonie-Konzert.  
Kgl. Schauspielhaus.  
Sonntag: 8 1/2 Uhr  
Die Braut v. Messina.

**Deutsches Theater.**  
Direktion Max Reinhardt.

Sonntag: Don Carlos.  
Montag: Die Jüdin von Saverio.

**Kammerspiele.**  
7 1/2 Uhr: Kinder der Freude.  
Sonntag: Die Jüdin von Saverio.  
Montag: Kinder der Freude.  
Dienstag: Die Jüdin von Saverio.

**Volksbühne Theat. a. d. W.**  
Unterstadt-Schauspielhaus.  
Sonntag: Die Jüdin von Saverio.  
Montag: Die Jüdin von Saverio.

**Theater d. d. Königsplatz Str.**  
Dir. C. Melchior - R. Bernhart.

Sonntag: Die Jüdin von Saverio.  
Montag: Die Jüdin von Saverio.

**Komödienhaus.**  
58 1/2: Die Jüdin von Saverio.  
Sonntag: Die Jüdin von Saverio.  
Montag: Die Jüdin von Saverio.

**Berliner Theater.**  
Theat. d. d. Königsplatz Str.

Sonntag: Die Jüdin von Saverio.  
Montag: Die Jüdin von Saverio.

**Trianon-Theater.**  
Dir. Friedrich Zeil.

Sonntag: Die Jüdin von Saverio.  
Montag: Die Jüdin von Saverio.

**Lebensbilder.**  
Komödie v. Ludwig Fulda.  
Ida Wüst, J. B. Knecht, H. Knecht, H. Knecht.

**Central-Theater.**  
Sonntag: Die Jüdin von Saverio.  
Montag: Die Jüdin von Saverio.

**Deutsches Opernhaus.**  
Uhr: Der Prophet v. Lortzing.  
Friedr.-Wilh. Theater.  
Uhr: Das Brautpaar.

**Kleines Theater.**  
Uhr: Mante.

**Komische Oper.**  
Uhr: Die schwarze Witwe.  
Uhr: Die schwarze Witwe.

**Metropol-Theater.**  
Uhr: Die Rose von Stambul.  
Sonntag: Die Kaiserin.  
Uhr: Die Kaiserin.

**Honor Operettenhaus.**  
Schiffstr. 4a. Kassentel. Nr. 281.  
Uhr: Der Soldat der Jüdin.

**Residenz-Theater.**  
Uhr: Der junge Zar.

**Schiller-Theater O.**  
Uhr: Die wilde Jagd.  
Schiller-Theater, Charl.

**Thalia-Theater.**  
Uhr: Lyon u. seine Frauen.  
Theat. a. Neudorfstr.

**Theater des Westens.**  
Uhr: Der vertriebene Heizoog.  
Uhr: Der vertriebene Heizoog.

**Rose-Theater.**  
Uhr: Eine Waise.  
Walhalla-Theater.

**Walhalla-Theater.**  
Uhr: Am goldenen Horn.  
Uhr: Am goldenen Horn.

**Lessing-Theater.**  
Direktion Victor Barnowsky.

Sonntag: Die Jüdin von Saverio.  
Montag: Die Jüdin von Saverio.

**NATIONAL-THEATER.**  
Uhr: Die Jüdin von Saverio.  
Sonntag: Die Jüdin von Saverio.

**Musikalische  
Muskomodien**

Philarmonie Weis Saal.  
Eingang: Kollnstr. 132.

**Neuer Spielplan!**  
Hogelmann Truppe.  
Luitz Ringe.

**Carl Bernhard.**  
Honorist.  
Berat, Lühak.

**Herbert Rühling.**  
Klaviervirtuose.  
Frank Worms, Excentik.

**Grete Fless.**  
Soubrette.  
Jewine u. Jerome.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**Alina Cerver.**  
Konstschülerin.  
Kinematograph.

**MARCELL SALZER**  
**Heitere Abende**

Schiller-Saal (Charlottenburg Schillo-Theater).  
Eingang: Harnackstr. 110, Untergrundbahnhalte Halte  
Montag bis Freitag 9. Febr. abendlich 8 Uhr.

**UT**

**Gunnar  
Tolnd's:**

**Die Spur der ersten Liebe**

**Hilde Wörner:**  
**Baronin Kammerjungfer.**

**Henny Porten:**  
**Gräfin Küchentee.**

**Erna Morand:**  
**Der Ring der Endibia Joscari.**

**Fern Andra:**  
**Die nach Glück und  
Liebesuchen.**

**MOZARTSAAL**

**Die Kunst  
zu heiraten.**

Lustspiel  
in 3 Akten  
nach einem Prosopiel  
von Max Kretzer.  
Für den Film bearbeitet  
von Kar. Froelich.

In der Hauptrolle:  
**Viggo Larsen.**

**Luxemburger Palais**

Mit Unterstützung der  
Appliken-Gesellschaft  
für Sexualwissenschaft  
unter Mithilfe von  
Dr. Jwan Bloch.

**Es  
werde  
Licht.  
II.  
Teil**

Kulturfilm von  
Richard Oswald  
und E. A. Dupont

Hauptrollen:  
**Bernad Aldor,  
Eva Speyer,  
Theod. Loos.**

**Schwarzer Käser.**  
Feb.-Prog.  
Claire Waldoff  
Willy Prager  
Elli Glässer  
Werner Goldmann  
Ade Krugmann  
Otto Helmman  
Agni Wike  
Trude Kurtze

**Nelson's  
Metropo-Variété**  
Gartenstr. 53/54.

20-Schwäne, Kom. Archa  
Wolfs-Sonette, humorist.  
Operette, Operette, Operette  
Cairo Feldner, Clara  
Kempner  
Lena Manl,  
Königs-Operette  
Wolfs-Sonette, Kom. Archa  
Wolfs-Sonette, humorist.  
Operette, Operette, Operette  
Cairo Feldner, Clara  
Kempner  
Lena Manl,  
Königs-Operette

**Avolo-Theater**  
Friedrichstr. 218  
Dir. James Klein

Ab heute 7 1/2  
**Der Flieger  
von Tsingtan**

600 v. verbilligten  
Variété-Attraktionen,  
Chinesische Gezeiten,  
Luffische I.  
Beguinentappe,  
Wunderkinder,  
Anreden von Trude  
Kempner, Rita  
Werber, Ingu Brandt,  
Fritz Steid,  
Lambert Paulsen.  
Theater, ab 10 Uhr  
u. unterw. 10/11

**Busch.**

Ernst L. Fiedler, 7 1/2 Uhr.  
Das neue große  
Februar-Programm  
u. A. Enel Pianet und  
Patinen  
Hokulischer Barne Akt.  
Z. Schulz Travertinstück.  
Aufstehen einer  
eins. eines. eines.  
3 Heilig's Gymnastiker  
3 Janowsky's Akrobaten.  
Carl Reinisch, Schultze  
u. "Czaras" Straß.  
3 Dabik's,  
hester Damen-Jockey-Akt  
Aug. Möller, Friedrichs  
Rudol-Krupps  
neueste Witze und Späße  
Zum  
Mondfahrt  
Schluss, ab 10 Uhr  
sonntags 10 Uhr ebenfalls  
merkmal "Mondfahrt".

**KAMMER  
KUNSTSPIELE**

Potsdamerplatz.

**Frank  
Boyers  
Diener**

Das Drama  
eines Wundtenden  
mit  
**Carl  
Götz.**

**MARMOR**

Ein Romanerfolg:  
**STUART WEBBS**

20. Abende  
**"Ein rätselhafter  
Blick"**

Komteß Hanne  
Lustspiel in 3 Akten.  
4 30 6 20 8 15

**FAUS**

Potsdamer Strasse 38.  
**Henny Porten**  
in  
O. Faust d. Riese  
II. Teil

**SOFF-Georg.**

Königs-Operette  
Wolfs-Sonette, Kom. Archa  
Wolfs-Sonette, humorist.  
Operette, Operette, Operette  
Cairo Feldner, Clara  
Kempner  
Lena Manl,  
Königs-Operette

**Cirkus A. Schumann**  
Dir. Friedrich Anst. 7 1/2 U.  
Letzte Saison in Berlin  
Nur noch kurze Zeit.

**Hedehara**  
mit ihren exoti-  
schen  
Dressur-Akt.  
3 FIEDLER 3  
Alkohol-Händelationen  
Der Araber Sulay Sayu  
u. sein 10-tägiges Kame-  
le in die Wüste, Kaskade  
des grossen Anst.  
MEXICO  
Pantomime.

Zielung schon 16. Februar  
**Grosse Lotterie**  
für Deutsche Bellenkinder.  
Gesamt u. Hauptgewinne:  
**100 000 Mark**  
**50 000 Mark**  
**10 000 Mark**  
**5 mit 5 000 Mark**

**3 Mignon Schreib-  
maschinen,**  
ungebraucht, verkauft  
**Ariane, Charlottenbg.,  
Wilmersdorferstr. 30.**

**Antike Kommode** verkauft  
**Steinberg, Charlottenbg.,  
Gelenkebedrücke!!!**

Schwergezeichnetes, modernes  
und vorzügliches Spezialzimmer,  
komplett 4550, Herrenzimmer,  
Bibliothek mit Holzregalen,  
komplett 2400,-, Klubgar-  
ten, prima Staffelei, Gobelin,  
billigst.  
**Möbelhaus Osten,  
nur 30 Andreasstr. 30.**

**Norddeutsche Lederpappen-Fabriken A.-G.**

Gross-Böhren, Sorau N.-L.  
In der 23. Versammlung vom 22. Januar 1918 setzen  
wir an, dass die ordentliche Generalversammlung  
in Berlin, Sonntag den 23. Febr. 1918, nachm. 3 1/2 Uhr,  
in dem Sitzungssaal der Gesellschaft in Gross-Böhren,  
Kraie Sorau N.-L., stattfindet, wozu die Aktionäre unserer  
Gesellschaft eingeladen werden.

Tageordnung:  
1) Vorlesung des Beschlusses für das Geschäftsjahr 1917/18  
mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zur Ge-  
nehmigung;  
2) Erzielung der Entlastung an Aufsichtsrat und Vorstand;  
3) Antragsentscheidungen;  
4) Hinzufügung der Aktien erfolgt gemäß § 19 des Statuts  
bei der Nationalbank für Deutschland, Berlin,  
bei der Bank für Handel und Industrie, früher  
Breslau, jetzt in Berlin, Breslau,  
bei der Lübburger Bank, Lübnitz u. Sa.,  
bei dem Bankhaus Kado & Co., Sorau N.-L.  
Dresden, am 22. Januar 1918.

Der Aufsichtsrat  
von Udo.

**Emil Busch, Aktiengesellschaft,**  
Ostliche Industrie, Rathenow.

Zu der am Donnerstag, den 21. Februar 1918, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, in Rathenow stattfindenden  
ausserordentlichen Generalversammlung  
laden wir die Herren Aktionäre hierdurch ergebenst ein:

Tageordnung:  
I. Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrats auf Erhöhung  
des Aktienkapitals nach folgender Massgabe:  
a) Das Grundkapital der Gesellschaft wird zur Verfü-  
gung der Beiräte mittel um den Betrag von M. 250 000,-  
sonst auf den Betrag von M. 2 115 000,- erhöht und es  
werden zu diesem Zweck 255 Stück neue, an den  
Inhaber laufende Aktien eine jede im Nennwert von  
Mark 1000,- anzuheben. - Diese Aktien haben die  
Nr. 2212-2460 und den bisherigen Aktien gleichberech-  
tigt und nehmen gleich diesen an der Dividende vom  
1. April ab teil.  
b) Der Mindestpreis, zu dem diese Aktien anzuheben  
werden, wird auf M. 109,- festgesetzt. - Das gesetzliche  
Bezugsrecht für diese Aktien wird ausgeschlossen. - Die  
Aktien werden vielmehr, einem vorliegenden Ansocht  
gemäß, dem Bankhaus E. J. Meyer, Berlin, in einem  
Kurs von 100% überlassen im er Anfernung der Ver-  
pflichtung, während einer Zeit von drei Wochen auf  
Mark 750,- alte Aktien M. 1500,- neue Aktien zum  
Bezugspreis von 100% anzuhellen  
II. Änderung der §§ 5, 23 und 35 des Statutes: § 5 ent-  
sprechend dem in § 19 des Statutes über die und es  
Zusammensetzung des Grundkapitals; §§ 23 und 35 betreffen  
Verteilung an den Aufsichtsrat und Verteilung des Re-  
serves, gemäss den neu-richtig ergangenen Revisions-  
entscheidungen.  
Laden wir auf die §§ 25-27 unserer Statuts verwiesen, aus-  
sachlich wir die Herren Aktionäre, welche an der Gener-  
versammlung teilzunehmen wünschen, ihre Aktien oder die  
Depotscheine der Reichsbank über diese Aktien oder die  
Scheine über die Hinterlegung der Aktien bei einem Notar  
mit einem doppelten Nummernverzeichnis gegen Einlage  
nahme der Eintrittskarte bei der Gesellschaftskasse in  
Rathenow oder bei dem Bankhaus E. J. Meyer, Berlin W.,  
Vossstrasse 16, bis zum 20. Februar dieses Jahres, abends  
6 Uhr, zu hinterlegen.  
Rathenow, den 22. Januar 1918.  
Der Vorsitzende des Aufsichtsrats  
Aib. Bückel.

Auf Grund des bei uns erhältlichen Prospektes sind  
**nominal M. 4 000 000 neue Aktien**  
Nr. 6001-10 000 zu je M. 1000 Nennwert

**„Eintracht“ Braunkohlen-  
werke und Briquetfabriken**  
in Neu-Welzow N.-L.  
mit Dividendenberechtigung ab 1. Januar 1918  
zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen  
werden.  
Berlin, im Januar 1918.  
Mit- und deutsche Creditbank  
Jaquiar & Scourius.  
A. E. Wassermann.

**Cognac  
Sekt**

Likör, künstlich mit Zucker,  
Erdbeeren, Koriander,  
Bordeaux, Rheinwein,  
Originalpunsch, Kumpo,  
Rotweinpunsch,  
Limon Squash,  
Zitronensaft,  
preiswert abzugeben nur an  
Vorfrücht.

S. Ucker, Berlin W. 9,  
Linkstr. 38, Nollend. 5425.

Fuhrgeschäft verkauft feine  
Arbeitspferde, von 14 die Wahl.  
2 kleine Russen 2000 Mk.  
Sesselfer, Seltener 112.  
Fennel Amt Berlin 164.

**Filet-a-nt.**  
u. a. fert. Handarbeiten: Decken,  
Kissen, Krage, Spitzen, Ein-  
sätze, Motive, auch halbfertige  
Waschbecken mit reicher Hand-  
arbeit, preiswert abzugeben.  
**Klara Mohab,**  
Charlottenburg, Gervasiustr. 15, 9.

Die Herren Aktionäre unserer  
Gesellschaft werden hierdurch  
zu ausserordentlichen  
ordentlichen Generalver-  
sammlung auf  
Donnerstag, den 21. Fe-  
bruar 1918,  
vormittags 11 Uhr,  
in der Hauptversammlung, Dor-  
theimstrasse 44, Quersubstr. 11,  
Sesselfer, Seltener 112, ab-  
gegeben einladend.

**Tageordnung:**  
1) Bericht über die Ver-  
waltung und des Aufsicht-  
rates.  
2) Verlesung des Jahres-  
rechenschafts und Res-  
ultatsrechnung über die Gewin-  
verteilung.  
3) Bericht der Revisoren.  
4) Erzielung der Entlastung  
des Aufsichtsrats.  
5) Wahl von Mitgliedern des  
Aufsichtsrates.  
6) Wahl von Revisoren.  
Stimmrecht ist ad ad zur  
genügenden Aktionäre, welche  
sich am 19. Februar 1918  
in dem Sitzungssaal der  
Hinterlegungsstelle der  
Reichsbank oder eines  
deutschen Notars bei dem Vor-  
sitzenden eintragen.  
Berlin, den 23. Januar 1918.  
**deutsche Hypothekbank  
(Action-Gesellschaft),**  
Dr. Hirt, Meyer.